

GESELLSCHAFT

Premierminister Fico definierte seine zwei Fronten

Die Tagung des Parlaments über die Regierungserklärung (RE) erfolgte in einer unwürdigen Atmosphäre – die Abgeordneten hatten für das Studium der RE nur wenige Stunden und die Diskussion verwandelte sich in einen äußerst langen Tagungs-marathon ohne Unterbrechung in den Nachtstunden. Eine Kuriosität bei der Genehmigung der RE (80 Stimmen von 150) war die Abwesenheit Vladimír Mečiar, Vorsitzenden der Koalitions-HZDS (was sofort Spekulationen über Unstimmigkeiten in der Koalition entstehen ließ).

Bevor Premier Róbert Fico die Vertrauensausprache von den Abgeordneten verlangte, erklärte er seine Position als Kampf an zwei Fronten: Die Erste sei der Kampf für die Umsetzung starker sozialer Elemente in der RE bei gleichzeitiger Erfüllung der für die Euroübernahme im Jahr 2009 benötigter Konvergenzkriterien. (Hier ist zu bemerken, dass die Position der Regierung an dieser Front tatsächlich wackelig ist – die Regierungsversprechen im Sozialbereich sind mit der für die Übernahme des Euro notwendigen fiskalen Konsolidierung unvereinbar). Die zweite Front soll die Verteidigung gegen die Opposition sein, die laut Fico alle legitimen Instrumente daheim und im Ausland zur Umkehr politischer Verhältnisse nutzen wird.

Ungeeignete Äußerungen des Vorsitzenden der Slowakischen Nationalpartei beschäftigen Diplomatie

Der Vorsitzende der Koalitionspartei SNS präsentierte sich in tschechischer und österreichischer Presse mit Äußerungen, die das bereits unvollkommene Image der Regierung schädigen. Zuerst ging es um Erklärungen für die tschechische Presse in dem Sinne, dass Slota die Tschechen um die Deportierung der Sudetendeutschen benediet (dank dessen hat das tschechische Volk keine Probleme wie Slowaken mit den Ungarn). Das Ärgernis um diese Äußerungen war noch nicht verklungen und schon folgten die Worte für die österreichische Presse, nach denen es in der Slowakei zu einer gewaltsamen Magyarisierung käme.

Natürlich wurde von der Regierung erwartet, dass sie sich von solchen Wortmeldungen distanzieren wird, es folgten aber nur nervöse Reaktionen des Premiers, der zu verstehen gab, sich mit solchen Sachen nicht beschäftigen zu wollen. Er stellte das Problem so dar, als ob es die Regierung nicht betreffen würde: Der Vorsitzende der Koalitionspartei SNS ist kein Regierungsmittglied, daher kann der Premierminister auf eine Stellungnahme verzichten.

Die ungarische Außenministerin Kinga Göncz verkündete, Slotas Äußerungen hätten in Ungarn Ärgernis geweckt. Sie schickte ein Schreiben an den slowakischen Außenminister Ján Kubiš, in dem sie verlangte, die Regierung solle Äußerungen verhindern, die aus Sicht des friedlichen ungarisch-slowakischen Nebeneinanders Besorgnis erregen. Der Premierminister hat den Brief der ungarischen Außenministerin bagatelisiert („es werden so viele verschiedene Briefe in der Welt verschickt“). Von den drei höchsten Vertretern des Staates verwehrt sich nur Präsident Ivan Gašparovič gegen Slotas Äußerungen.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

Premierminister Fico definierte seine zwei Fronten.....	1
Ungeeignete Äußerungen des Vorsitzenden der Slowakischen Nationalpartei beschäftigen Diplomatie.....	1
Aus dem Ausland Kritik, daheim Zufriedenheit.....	2
Aufhebung der Gebühren im Gesundheitswesen ohne Nennung von Ersatzressourcen.....	2
Ende der Landesämter.....	2
Sofortiger Abzug der Soldaten aus dem Irak findet nicht statt.....	2
Opposition kommt mit neuer Situation klar.....	2

WIRTSCHAFT

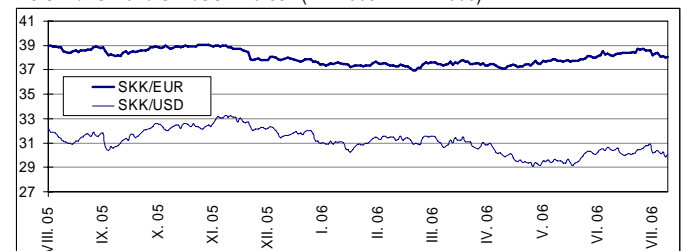
Währungspolitik zusehends restriktiver.....	3
Spekulationen um die Form der „Millionärssteu-er“.....	3
Dritter Mobilnetzbetreiber in der SR endlich bekannt.....	3

KOMMENTAR

Regierungserklärung: Solidarität, Sozialstaat und Wissenswirtschaft.....	3
--	---

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (VIII.2005 – VII. 2006)



Quelle: NBS

	2001	2002	2003	2004	2005	2006*
BIP-Wachstumstempo**	3,8	4,4	4,2	5,5	6,1	6,2*
Inflation (CPI)	7,1	3,3	8,5	7,5	2,7	3,8*
Arbeitslosigkeit***	19,2	18,5	17,4	18,1	16,2	14,4*
Ausland. Invest. (mill.USD)	1190	3965	870	800	1700*	1600*
SKK/USD	48,3	45,3	36,8	32,3	31,0	30,6*
SKK/EUR	43,3	42,7	41,5	40,0	38,6	38,8*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Vertrauenswürdigkeit der slowakischen Politiker im Monat Juli 2006 (%)

R. Fico (SMER-SD)	32,5	P. Hrušovský (KDH)	3,3
J. Slota (SNS)	12,6	Z. Martináková (SF)	3,1
I. Gašparovič – Präsident	10,6	V. Veteška (HZDS-LS)	3,1
V. Mečiar (HZDS-LS)	10,5	D. Lipšic (KDH)	2,4
B. Bugár (SMK)	9,4	P. Csáky (SMK)	2,4
M. Dzurinda (SDKÚ-DS)	8,6	V. Palko (KDH)	2,0
R. Kaliňák (SMER-SD)	7,1	E. Kukan (SDKÚ-DS)	1,8
I. Mikloš (SDKÚ-DS)	5,8	A. Belousovová (SNS)	1,4
I. Radičová (SDKÚ-DS)	5,2	M. Beňová (SMER-SD)	1,1

Quelle: Statistikamt der Slowakischen Republik; Tabelle: M.E.S.A.10

GESELLSCHAFT

Aus dem Ausland Kritik, daheim Zufriedenheit

Während die Regierung im Ausland gleich nach ihrer Entstehung Kritik erntete, so stieg daheim die Popularität von Politikern, die sie gebildet hatten. Laut der Juliumfrage des Meinungsforschungsinstituts machte Ján Slota, der SNS-Vorsitzende einen Sprung in der Vertrauenswürdigkeit sogar auf Platz zwei – gleich hinter Premier Róbert Fico (Dritter in der Reihenfolge ist Staatspräsident Ivan Gašparovič). Fico führt in den Umfragen langfristig, niemals hatte er jedoch ein so hohes Vertrauen der Leute als gerade jetzt – im Juli erreichte er erstmals die Sympathien von über 30 Prozent der Bürger.

Es scheint, dass weder der kontroverse Charakter der Regierungskoalition noch das nationalistische Repertoire des SNS-Vorsitzenden einem großen Teil der Wähler nichts ausmachen. Dies kann auch ein psychologisches Moment sein. Als die Regierung aus dem Ausland kritisiert wurde, wurde der Eindruck hervorgerufen, es würde Unrecht getan werden und die Unterstützung für die Koalitionsvertreter stieg an. Vom Anstieg der Popularität blieb aber der Vorsitzende der dritten Koalitionspartei – der HZDS-Vorsitzende Vladimír Mečiar unberührt. Sein Image des geborenen Anführers kann durch den Schatten von Róbert Fico Schaden nehmen. Und Mečiar in einer untergeordneten Rolle zu sehen ist für seine Sympathisanten etwas ungewöhnlich.

Aufhebung der Gebühren im Gesundheitswesen ohne Nennung von Ersatzressourcen

Die Regierung hat einen Teil der Gebühren im Gesundheitswesen aufgehoben. Die Aufhebung tritt bereits am 1. September dieses Jahres in Kraft. Die Gebühren für die mit Gesundheitsfürsorge verbundenen Leistungen wurden von der vorangegangenen Regierung im Rahmen der Reformgesetze des damaligen Gesundheitsministers Rudolf Zajac eingeführt. Es geht zwar nur um geringe Gebühren, diese wurden jedoch inzwischen zum festen Bestandteil der Finanzierung des Gesundheitssystems (und der damit verbundenen Dienstleistungen).

Das Gesundheitssystem hat von allen Gebühren für Leistungen in Verbindung mit der Gesundheitsfürsorge gegenwärtig Einnahmen von ca. 2,5 Mld. Sk pro Jahr. Das Gesundheitsministerium der SR schätzt, dass der Einnahmeverlust im Gesundheitswesen nach Aufhebung eines Gebührenteils etwa 570 Mil. Sk betragen wird.

Die Aufhebung dieser Gebühren – noch dazu während des Jahres – bringt Chaos in die Finanzierung des Gesundheitswesens. Die Regierung erfüllt damit eines ihrer Wahlversprechen.

Sie gab aber nicht an, wie dieser Ausfall im Gesundheitswesen kompensiert wird.

Dienstleister im Bereich Gesundheitsfürsorge sind nicht gegen die Aufhebung der Gebühren, gleichzeitig verlangen sie jedoch eine Aufschiebung der Maßnahme, bevor die Methode der Kompensation des Einnahmefalls bekannt gegeben wird.

Ende der Landesämter

Die Regierung beschloss die Auflösung der Landesämter. Die Landes- und Landesschulämter könnten bereits am 1. Januar kommenden Jahres aufgelöst werden. Premierminister Róbert Fico kündigt den Transfer ihrer Kompetenzen auf die Länder (VÚC). Dies bedeutet eine Übertragung von Kompetenzen von einer Behörde der Staatsverwaltung (Landesamt) an eine der Selbstverwaltung (VÚC). Der Wirkungsbereich beider Behördentypen ist identisch.

Dieser Schritt soll ein Beitrag zur Erfüllung von Versprechungen über eine Schlankheitskur für die Staatsverwaltung und Einsparung öffentlicher Gelder sein. Die Einsparung von Ressourcen erfolgt nur zum Teil, da ein Teilbetrag der aus der Auflösung der Staatsverwaltung ersparten Gelder an die jeweiligen Länder (VÚC) überwiesen werden muss.

Die Landesämter wurden 1996 von der Regierung Vladimír Mečiar gegründet. Vladimír Mečiar war also bei deren Gründung und jetzt auch bei deren Auflösung.

Sofortiger Abzug der Soldaten aus dem Irak findet nicht statt

Die neue Regierung setzt das Wahlversprechen über einen sofortigen Abzug slowakischer Soldaten aus dem Irak nicht um. Einen sofortigen Abzug hatten dabei zwei der drei Koalitionsparteien versprochen: Smer und SNS (diese nannte die slowakische Mission im Irak als Kasperei). Verteidigungsminister František Kašický versicherte aber NATO-Generalsekretär Japp de Hoop Scheffer, dass die Slowakei die Absicht, Soldaten aus dem Irak abzuziehen, mit den Verbündeten sowie mit der irakischen Regierung konsultieren wird, da sie ein verlässlicher Partner bleiben möchte.

Die Absicht wird eher ein stufenweiser Abzug der Soldaten aus der Operation Irakische Freiheit sein. Die Slowakei möchte sich hierbei mehr an der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte beteiligen. Kašický informierte gleichfalls, dass die Slowakei ihren

Beitrag für die Einheiten rascher Reaktion der NATO verstärken werde.

Opposition kommt mit neuer Situation klar

Während die neuen Mitglieder der Regierungskoalition allmählich die Macht übernahmen, beglich die Opposition untereinander ihre Rechnungen für den Misserfolg bei der Bildung einer Koalition mit einer rechten Mehrheit. Der Vorsitzende der SDKÚ-DS Mikuláš Dzurinda beschuldigte die Christlichdemokratische Bewegung (KDH), die Bildung einer mittlerechtsorientierten Regierung verhindert zu haben. Die neue Regierungskoalition sei seiner Meinung nach nicht einmal Ergebnis des Wählerwillens, sondern des Unwillens der KDH. Die Rechtsregierung zahlte laut Dzurinda auf interne Streitigkeiten der Christdemokraten drauf.

Dzurinda gab zu, bis zum letzten Augenblick versucht zu haben, die KDH für eine Rechtskoalition (SDKÚ-KDH-SMK) mit Mečiar's HZDS zu überzeugen. Der Unwillen der KDH, mit Vladimír Mečiar in die Regierung gehen könnte seiner Meinung nach auch so gelöst werden, dass die KDH eine stille Unterstützung der Regierung gewährleistet hätte. KDH widersprach aber in dem Sinne, dass eine Zusammenarbeit mit der HZDS für KDH in jedweder Form unannehmbar wäre.

Zur eventuellen Teilnahme der HZDS in der Regierung sagte Dzurinda, die SDKÚ hätte auch ihre Forderungen, einschließlich einer geänderten Haltung der HZDS zu den sog. Mečiar – Amnestien bezüglich der vereitelten Volksabstimmung und der Entführung des Sohnes des Präsidenten (Vladimír Mečiar amnestierte einige wahrscheinliche Straftaten 1998, als er vorübergehend die Präsidentschaftsvollmachten übernommen hatte).

Verhandlungen nach den Wahlen mit Dzurinda gab auch Vladimír Mečiar zu, eine Aufhebung der Amnestien käme laut ihm aber nicht in Frage. Daher ist zu bezweifeln, ob die Alternative einer Koalition der Rechtsparteien mit HZDS überhaupt möglich gewesen wäre. Der stellvertretende Vorsitzende der HZDS Milan Urbán ist überzeugt, dass das Programm der Mitte von HZDS nach den Wahlen eine Zusammenarbeit mit beiden politischen Blöcken ermöglicht hätte – eine Beziehung mit dem rechten Flügel wurde aber von Äußerungen der KDH über den Unwillen, mit der HZDS zusammenarbeiten zu wollen, torpediert. Die Bereitschaft zum Regieren mit den Rechtsparteien als auch mit der Partei Smer geht tatsächlich aus dem Wahlprogramm der HZDS hervor. Im Programm wurden vorsichtige Formulierungen gewählt und das Programm selbst vermied Thesen, die für jedwede künftige Koalitionspartei problematisch wären.

WIRTSCHAFT

Währungspolitik zusehends restriktiver

Der Bankrat der Nationalbank beschloss erneut, die Parameter der Währungspolitik enger zu schnallen. Obwohl die Entwicklung makroökonomischer Indikatoren günstig ist, reagiert die NBS auf das mit Wahrscheinlichkeit eintretende Verfehlen ihrer für 2006 gesetzten Inflationsziele. In den weiteren Monaten werden die aus der Entwicklung der Ölpreise und Preise im Gesundheitswesen folgenden Inflationsrisiken markanter. Insbesondere wegen des dynamischen Anstiegs regulierter Preise wird daher das Inflationsziel für 2006 überschritten werden.

Der Bankrat der NBS stellte fest, dass bei steigendem Inflationskostendruck es unerlässlich sei, das Entstehen von Nachfrageinflationsdruck durch strengere Währungspolitik zu unterdrücken. Dies sollte 2007 die Abweichung der tatsächlichen Inflation vom Ziel minimalisieren und zur Rückkehr zu den Zielwerten im Jahr 2008 beitragen, damit die Bedingungen zur Erfüllung des Maastrichter Inflationskriteriums erreicht werden.

Daher beschloss der Bankrat der NBS eine Zinssatzerhöhung, wobei der Grundzinssatz der NBS auf 4,5% angehoben wurde (es ist die dritte Erhöhung seit 1.3.2006, von einem Niveau von 3,0%). Der Bankrat der NBS erwartet, dass die Straffung der Währungspolitik auch in den kommenden Monaten fortgesetzt werden muss. Für den Rest von 2006 ist also eine weitere Anhebung von Zinssätzen nicht ausgeschlossen.

Der BR der NBS nahm bei seiner Entscheidung auch auf die Schlüsse aus der Verhandlung mit Vertretern der Regierung der SR bezüglich der Vorhaben der Slowakei über den Beitritt zur Eurozone Rücksicht. Angesichts dessen bleibt die Strategie der NBS in diesem Bereich unverändert, wobei die neueste mittelfristige Vorhersage auf einer fortwährenden Konsolidierung öffentlicher Finanzen basiert war, so wie es im letzten aktualisierten Konvergenzprogramm (von der vorherigen Regierung erstellt) präsentiert wurde und dem Wachstums- und Stabilitätspakt entspricht.

Spekulationen um die Form der „Millionärssteuer“

Die Regierungserklärung brachte nichts Konkretes über die Form der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen, deutete jedoch an, dass mit einer besonderen Besteuerung übermäßiger Einkünfte gerechnet wird. Es wird wohl gemäß

Erwartungen zu keiner Wiedereinführung einer progressiven Besteuerung kommen, so wie es bis 2003 der Fall war, es droht jedoch ein selektiver Zutritt gegenüber einer noch nicht definierten Gruppe der Bevölkerung mit höheren Einkommen.

Sogleich erfolgten aber Äußerungen und Spekulationen über eine mögliche Lohngrenze, deren Überschreitung die Anwendung eines besonderen Steuersatzes zur Folge hätte. Premier Róbert Fico, der Hauptbefürworter einer solchen Steuer unter den Vorsitzenden der Koalitionsparteien schlug eine Lohngrenze von 50 oder 60 tausend Sk monatlich vor. Laut des Unternehmens Trexima, das sich mit statistischen Erhebungen von Lohnangaben befasst, beziehen etwa drei Prozent der Angestellten, ca. 50 000 Leute ein Bruttolohn in dieser Höhe. (Bisher ist auch nicht bekannt, ob Smer damit die Grenze für Löhne oder jegliche Einkommen meint. Selbstständige Gewerbetreibende könnten durch Manipulierung der Besteuerungsgrundlage diese Steuer einfach umgehen).

Die Koalitionspartner des Róbert Fico vertreten aber eine andere Meinung. Sie halten diese Steuer offensichtlich nicht für geeignet, da es sich aber um Bestrebungen des Wahlsiegers handelt, erklären sie sich bereit, die Einführung einer solchen Steuer zu unterstützen. Aus der SNS wurde verlautbart, dass dies die Mittelschicht schädigen würde oder dass es besser wäre, die unteren Schichten zu stimulieren als denen zu nehmen, die mehr verdienten. Laut des EP-Abgeordneten für die HZDS Sergej Kozlík soll die Grenze angehoben werden, damit von dieser Steuer nur Personen mit Jahreseinkommen von über 1 Million Sk betroffen sind. Aus weiteren Äußerungen von Vertretern der HZDS geht hervor, dass sie keine Millionärssteuer einführen würden, wäre dies nur von ihnen abhängig. Sie bemängeln nämlich die Systemlosigkeit einer solchen Lösung sowie die Überlebenschance einer solchen Steuer. Offenbar haben auch die Koalitionsparteien keine einheitliche Haltung gegenüber der Millionärssteuer und die Wahrscheinlichkeit ihrer Einführung (oder deren Parameter) sind bisher nicht abzuschätzen.

Dritter Mobilnetzbetreiber in der SR endlich bekannt

Die Auswahlkommission hat entschieden, dass der Sieger der Ausschreibung für den Lizenzerwerb des dritten Mobilnetzbetreibers in der Slowakei die Gesellschaft Telefónica O2 Slovakia, s.r.o. ist. Für die Lizenz bot die Gesellschaft 150 Millionen Sk. Der Preis war aber nicht das entscheidende Kriterium.

Die Telekommunikationsbehörde (TÚ) konzentrierte sich bei der Festlegung der Kriteriengewichtung darauf, dass der Sieger vor allem eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs am Markt bewirkt. Der Markt war bisher nämlich als Duopol gestaltet. Laut der Kriterien, die von der Telekommunikationsbehörde vor Veröffentlichung des Aufrufs zur Angebotsvorlage in der Ausschreibung für den 3. Mobilnetzbetreiber festgelegt wurden, war das Kriterium „Beitrag des Teilnehmers zur Stärkung der Konkurrenz im Bereich elektronischer Kommunikation“ mit bis zu 50% gewichtet, die geringste Gewichtung dagegen, nur 5% erhielt „der angebotene einmalige Betrag für die Erteilung der Frequenzblöcke“.

Der Sieger der Ausschreibung für den 3. Mobilnetzbetreiber in der SR, die Gesellschaft Telefónica O2 Slovakia plant eine Verbindung mit starken slowakischen Partnern damit sie imstande ist, ein verlässliches Telefonnetz rasch und effizient aufzubauen um die Geschäftstätigkeit frühestmöglich aufnehmen zu können.

Eine Vereitelung des Auswahlverfahrens für den Fall, dass der Sieger es sich anders überlegen oder die Gebühr für die Frequenz nicht zahlen sollte, ist nicht möglich. In einem solchen Fall eröffnet die TÚ laut Gesetz über elektronische Kommunikation ein Verfahren in Sachen Frequenzerteilung an den zweiterfolgreichsten Teilnehmer der Ausschreibung gemäß jener von der Kommission festgelegten Reihenfolge. Die Weiteren in der Reihenfolge sind die Gesellschaften Mobilcom Austria, die laut Informationen in den Medien 250 Millionen Sk angeboten hatte. Der Interessent an dritter Stelle ist das Konsortium B Four, a.s., das aus der tschechischen Telekommunikationsgesellschaft Radiokomunikace und der slowakischen Gruppe Penta besteht (mit einem Angebot von 400 Millionen Sk).

KOMMENTAR

Regierungserklärung: Solidarität, Sozialstaat und Wissenswirtschaft

Die Regierung stellte ihre Erklärung vor, die in jenen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewidmeten Teilen äußerst kontrovers sind. Die stärkste Partei der Regierungskoalition Smer – SD nutzte nicht die

Chance, die in der Regierungserklärung (weiter RE) die durch Populismus gekennzeichneten Wahlversprechen wesentlich zu korrigieren. Der Versuch, ein

(von Karol Morvay (morvay@mesa10.sk) solches Regierungsprogramm umzusetzen kann zum Aufleben früherer Deformationen mit entsprechenden Kosten für die Gesellschaft

führen. Hier einige Elemente, welche den kontroversen Charakter der RE widerspiegeln.

1. Konflikt zwischen „guten Absichten der Regierung und dem schlimmen Euro“

Die Regierung deklariert das Bestreben, ein Wirtschaftswachstum höherer Qualität zu erreichen (durch bessere Verbindung des BIP-Wachstums mit dem Beschäftigungswachstum und der Verbesserung der sozialen Lage), sie sagt aber, dass die Übernahme des Euro dieses Bestreben kompliziert. Das Vorgeben einer solchen Logik ist aber fehl am Platz: Die Betonung der wirtschaftlichen Stabilität, die zum Übernahmeprozess des Euro gehört, ist nützlich, ohne Rücksicht darauf ob der Euro übernommen wird oder nicht. Die Einhaltung der durch die Konvergenzkriterien vorgegebenen Stabilitätsregeln tut der Wirtschaft langfristig nur gut. Die wirtschaftliche Stabilität kann nicht in einen Gegensatz zur höheren Qualität des Wirtschaftswachstums gestellt werden. Aus der RE geht hervor, dass die Regierung ein höherwertiges Wachstum auch durch höhere Defizite oder höhere öffentliche Verschuldung erreichen möchte, der Beitrittsprozess in die Eurozone wird jedoch damit komplizierter. Es ist ein mangelndes Verständnis des Begriffs Qualität des Wirtschaftswachstums.

2. Festlegung überflüssiger Ziele und Ziele bei denen es keine Instrumente gibt

- Die Regierung hat sich verpflichtet, Bedingungen für ein Wachstumstempo der Wirtschaft von über 5% jährlich zu schaffen. In diesem Fall muss sie sich nicht sehr bemühen, denn ein solches Wachstumstempo kann die Wirtschaft nicht dank, sondern trotz der Regierungsmaßnahmen erreichen. Die angelauten Investitionen, aber auch das rasche Wachstum der Schwächeren auf dem gemeinsamen Markt führt in kommenden Jahren zu einem relativ hohen Wachstumstempo der SR.
- Die Passagen voller „Ziele ohne Instrumente“ fallen an Stellen auf, wo über den Preis der Arbeit die Rede ist. Die Regierung sieht sich in der Lage, sehr effektiv in die Branchen- oder Regionen übergreifende Lohndifferenzierung eingreifen zu können. Die RE gibt sogar vor, die vorangegangenen Regierungen hätten das Lohnniveau absichtlich niedrig gehalten, weil es deren Philosophie entsprach. Das Problem liegt darin, dass sich die Slowakei erst bemüht, andere Faktoren der Konkurrenzfähigkeit zu erreichen. Außerdem gab es niedrige Löhne nicht wegen des Zutritts der Regierung sondern mangels anderer, besserer Faktoren der Konkurrenzfähigkeit. Ironischerweise gibt gerade diese RE keine gute Antwort auf die Frage, wie man denn andere, bessere Faktoren der Konkurrenzfähigkeit erreichen könnte.
- In der RE wird an vielen Stellen das Ziel, eine Wissenswirtschaft aufzubauen erwähnt. Die RE deutet aber keinerlei Vorgangsweise bei der Umsetzung dieses Ziels an, statt dessen wird z.B. die Politik in einigen ausgewählten Branchen auf

ungeeignete Weise detailliert beschrieben (auffälliger Ressortismus verdirbt die formale Seite der RE).

3. Weitgehender Paternalismus und starke Solidarität

- Die RE widmet sozialen Aspekten der Wirtschaftsentwicklung besondere Aufmerksamkeit, befasst sich jedoch mehr mit der Umverteilung von Ressourcen als der Verbesserung der Bedingungen für deren Schaffung. Der Sozialstaat wird als eines der entscheidenden Prinzipien der RE genannt. Der Sozialstaat und die europäischen Prinzipien des Sozialstaates sind (samt Kenntniswirtschaft) eine der Beschwörungsformeln der RE ohne eine Konkretisierung, wie dieser von der Regierung aufgefasst wird. Auch die „europäischen Prinzipien“ sind hier nicht einheitlich und bewegen sich in letzter Zeit eher in einer der RE entgegengesetzten Richtung.
- Obwohl die Regierung an einer Stelle „das Respektieren der Forderung nach gewisser Flexibilität der Arbeitskraft“ zulässt, so wird es von ihr mehrmals durch ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Arbeitsgesetzgebung gelehnet. In der RE ist von einem höheren Maß des Arbeitnehmerschutzes vor Entlassung und einer Stärkung der Gewerkschaften die Rede. Die versprochene Kenntniswirtschaft benötigt aber gerade einen Abgang von rigiden arbeitsrechtlichen Beziehungen.
- Paternalistisch und als Hasard klingt auch die Zusicherung einer teilweisen Entschädigung betrogener Kunden von Nichtbankinstitutionen. Die Regierung lässt den Eindruck entstehen, dass der von irgendeiner Nichtbankfinanzanstalt hintergangene Bürger eine Entschädigung aus öffentlichen Geldern erwarten kann.
- Die RE schlägt auch akzeptablere, weniger ideologisch betonte Schritte im Bereich Arbeitsmarkt und Sozialpolitik vor (diese sind leider in der Minderheit): Es geht um die Auszahlung einer Kompensationsleistung zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitsloser zu Niedriggehältern oder die Zusage, dass bei Auszahlung von Sozialhilfeleistungen weiter die Teilnahme des Arbeitslosen an Aktivationsarbeiten verlangt wird. Im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll die Förderung der Beschäftigung von Schulabsolventen in Angriff genommen werden und zwar mit Unterstützung der Arbeitgeber mittels Abgabeanreizen bei Einstellung des Schulabgängers.

4. Selektion und Repression

- Ein ernsthafter Fehler ist, dass die Regierung Solidarität mit einer Art Repression gegen Bürger mit höheren Einkommen verbindet. Laut RE wird die Regierung (neben einer noch akzeptablen Änderung von Steuerfreibeträgen) die Besteuerung natürlicher Personen mit übermäßigen Bezügen erhöhen. Eine besondere Besteuerung hoher Einkommen bringt nur geringe Einkünfte in öffentliche Haushalte und bedeutet die Bestrafung Erfolgreicher.
- Das Element der Repression gibt es auch bei Überlegungen über die Besteuerung von Rechtspersonen. Einerseits ist zu begrüßen, dass die Regierung ihre früher präsentierte Haltung gegenüber dominanten Unternehmen und Finanzinstituten änderte: Sie möchte diese nicht mehr a priori mit einer Sondersteuer belasten, sondern erwägt eher die Stärkung regulierender Mechanismen. Repressive Instrumente in Gestalt einer selektiven Besteuerung hält sie jedoch in Reserve, sollten die Regulationsmechanismen ohne Wirkung bleiben. Interessant ist die Tatsache, dass im selben Absatz, in dem die Regierung mit selektiver Besteuerung droht, im Zusammenhang mit Regulation über Rücksicht auf Stabilität des Rechtssystems und gleiche Bedingungen für alle Marktteilnehmer gesprochen wird.
- Selektion erscheint auch bei der Mehrwertsteuer. Ein besonderer gesenkter Steuersatz wird bei Arzneien und Wohnungsbau erwähnt. Anderswo lediglich nach der Entwicklung öffentlicher Finanzen.
- In Verbindung mit einer Reihe kontroverser Elemente klingt auch die Zusage „Stabilität und Vorhersehbarkeit der unternehmerischen Umgebung zu garantieren, damit die umgesetzten Änderungen Ergebnis breitestmöglicher Vereinbarungen interessierter Parteien werden“ interessant. Die Autoren der RE ändern nach kurzer Zeit die meisten der früheren Reformmaßnahmen, die das Unternehmensmilieu verbesserten und sprechen von der Garantie für Stabilität und Vorhersehbarkeit. Darüber hinaus bewegen sie sich in Positionen, in denen ein breites Einverständnis interessierter Parteien ausgeschlossen ist.

5. Elementare Dilemmas unbeantwortet

Die RE sieht eher wie ein Instrument politischer Kommunikation des Premierministers mit seinen Wählern. Sie beantwortet keineswegs das Dilemma der neuen Regierung – den Gegensatz zwischen populären Versprechungen und dem Bedürfnis das Wachstum und die Stabilität der Wirtschaft zu erhalten. Daher sollte dieses Dokument nicht überschätzt werden – die ökonomischen Tatsachen werden wohl die Regierung zu Korrekturen ihrer kontroversen Versprechungen zwingen.